Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 32.

№ 152. Sonnabend, 2. Juli 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Vier Ozeanflüge.

Nungesser, Lindbergh, Chamberlin und Byrd. Vier Namen mit ehernem Griffel für ewige Zeiten in die Weltgeschichte eingetragen, vier Begriffe menschlicher Kühnheit, menschlichen Ingeniums, menschlichen Sehnens, Luft, Erde und Wasser sich untertänig zu machen. Vier Männer wagten das schier unmögliche Werk. Dreien ist es geglückt, der vierte ist in die Ewigkeit hineingeflogen. Gewiß, sein Tod ist tragisch, aber nicht nutzlos. Nungesser gab sein Leben nicht einer sportlichen Meisterleistung, nicht der Befriedigung seines Ehrgeizes, nur einer Tat zur Weiterentwicklung der Menschheit. Seine Tat mißlang, aber sie wurde dennoch geschaffen, zwar nicht von ihm, aber von denen, die ihm nachfolgten, die Tod und allen Wetterteufeln zum Trotz dennoch in die Unendlichkeit des Luftmeeres die erste Brücke zwischen dem amerikanischen und dem europäischen Kontinent schlugen. Lindbergh flog als wäre es eine vergnügliche Spazierfahrt. Stieg in Newyork in die Lüfte, nahm seinen Kurs gen Paris und flog und landete am Ziel, als wäre dies alles das Selbstverständlichste von der Welt. Nicht ein einziges Mal in diesen 44 Stunden dieser ewigen Luftfahrt setzte der Motor aus, ein einziges Lied menschlichen Ingeniums, ohne Zwischenpause, ohne Unterbrechung, von Kontinent zu Kontinent — das Selbstverständlichste auf der Welt. Und dann flog Chamberlin. Diesmal mit einem Passagier. Und die Melodie des Propellors war das alte Lindbergh-Lied. Wenn Chamberlin in Cottbus eine Zwischenlandung vornehmen mußte, so lag das nicht an einem Mangel des Motors, nur — an zu wenig Betriebsstoff. Der Motor aber siegte. Wie er auch gesiegt hat, als Byrd seine Maschine in das seichte Strandwasser der französischen Küste niedersetzen mußte. Dreimal stieß der amerikanische luftgekühlte Motor die Maschine in die Unendlichkeit des Ozeanluftmeeres. Dreimal setzte er sie auf europäischem Boden nieder. Ein Triumph ohnegleichen. Ein Sieg der Menschheit ohnegleichen.

Diese vier Flüge der Ozeanflieger geben der Menschheit die praktischen Erfahrungen, die sie braucht, um aus dem Experiment das alltäglich Selbstverständliche zu machen. Sie gaben den Beweis, daß wir Motore besitzen, die den Luftverkehr über den Ozean bewältigen können. Sie gaben uns aber auch die Lehre, daß noch andere Voraussetzungen zu schaffen sind, bevor man den regelmäßigen Luftverkehr über den Ozean zur Wirklichkeit werden lassen kann. Aber das Schönste an diesen noch fehlenden Voraussetzungen ist, daß sie nicht unmöglich sind, daß sie mit Leichtigkeit hergestellt werden können. Weder Lindbergh noch Chamberlin noch Byrd benutzten zu ihren Transozeanflügen Spezialflugzeuge. Das heißt, der Bau dieser Maschinen hatte nicht mit dem starken Betriebstoff-Verbrauch gerechnet, der für die späteren Ozeanflüge notwendig war. Die Benzin-Behälter und die Reserve-Tanks waren provisorisch in diese Serienflugzeuge eingebaut worden. Was besagen muß, daß die Flugzeugindustrie, wenn sie Spezial-Luftfahrzeuge für Transozeanflüge herstellen wird, solchen Anforderungen sicherlich mit Leichtigkeit nachkommen kann. Einen weiteren Mangel des heutigen Luftverkehrs ließen die Flüge der Ozean-Bezwinger gleichfalls nicht verborgen: der heißt, die noch nicht zeitgemäße Anlage und Anzahl und Einrichtung der europäischen Flugzeughäfen, heißt das Fehlen von Notlandeplätzen. Man sagt, daß in der Stunde, wo Byrd über Paris eintreffen sollte, ein gewaltiges Unwetter zwischen der Küste und der Seine-Hauptstadt niedergegangen wäre. Man sagt, daß Byrd schon einen großen Teil Frankreichs überflogen hatte, ohne irgendwo niedergehen zu können. Daß er schließlich zur Küste zurückfliegen mußte, um dann dort am Strand zu landen. Man behauptet, daß er freiwillig entlang der Seine die Richtung Le Havre geflogen wäre, was sagen will, daß er trotz des Unwetters den Flußlauf der Seine gesehen haben muß. Wo waren aber die Blinkfeuer? Der Scheinwerfer des Pariser Eiffelturms drang vielleicht nicht durch das Wolkenmeer. Aber wo waren die Notlandeplätze? Die Scheinwerfer dieser Notlandeplätze, entlang der Seine, oder irgendwo in der Nähe? Das sind alles technische Unvollkommenheiten. Unvollkommenheiten, die leicht behoben werden können und müssen. Aber sie schmälern alle nicht den Sieg des Motors.

Man wird Byrd in Paris feiern, wie man dort Lindbergh ehrte, wie man in Berlin Chamberlin zum Mittelpunkt einer Volksbegeisterung machte. Mit Recht. Denn sein Flug war die letzte Etappe des großen Pionierwerkes, das mit Nungesser begann und mit Byrd endete. Endete? Man wird einwenden, daß die Luftroute Europa—Amerika noch nicht bewältigt ist. Und wird behaupten, daß diese Tat noch gewaltiger wäre, als die der drei kühnen amerikanischen Flieger. Auf Grund der ungünstigen meteorologischen Verhältnisse. Gewiß, das ist richtig. Aber wir sagen: der Motor hat gesiegt, endgültig gesiegt. Was jetzt zu kommen hat, das wäre die Praxis. Wer jetzt über den Ozean zu starten hat, das sind die eigens hierzu konstruierten Spezialmaschinen. Was jetzt noch zu erfolgen hat, das ist systematische, bis in die letzte Einzelheit gehende, gründliche Vorbereitung. Praxis, weiter nichts. Die Pionierarbeit aber, die Bravourleistung des Einzelmenschen ist getan. Ein Mehr wäre vom Uebel.

Stresemanns Abschied von Oslo.

* Oslo. Gestern nachmittag reiste Reichsminister Dr. Stresemann vom Ostbahnhof aus Oslo ab. Zahlreiche Persönlichkeiten, unter ihnen der norwegische Ministerpräsident, der deutsche Gesandte, Mitglieder der Regierung und des Nobel-Komitees sowie Vertreter der deutschen Kolonie hatten sich am Bahnhof eingefunden. Dr. Stresemann unterhielt sich lebhaft mit dem Ministerpräsidenten. Als der Zug sich in Bewegung setzte, wurde dem deutschen Außenminister eine lebhafte Kundgebung zuteil. Stresemann winkte grüßend, solange er noch zu sehen war.

In einer Erklärung, die Dr. Stresemann Vertretern der Presse gegeben hat, sagte er u. a.: „Die Tage, die ich in Oslo verleben durfte, gehören zu solchen, die für das Leben eines Menschen von bleibender Bedeutung sind. Die Sympathien, die mir von allen Seiten bekundet wurden und die — wie ich mir bewußt bin — nicht mir als Person, sondern dem Leiter der deutschen Außenpolitik und damit der politischen Entwicklung des deutschen Volkes gelten, sind mir umso wertvoller, als mir in zahlreichen Gesprächen mit hervorragenden Männern Norwegens immer wieder eine eigentümliche Art, die Dinge ohne Beschönigung und doch frei von untätigem Pessimismus zu sehen, entgegengetreten ist. Ich bedaure nur, daß meine Zeit so knapp gewesen ist, um Land und Volk noch näher kennen zu lernen, aber was ich davon gesehen habe, hat so tiefe Eindrücke in mir hinterlassen, daß es mein dringender Wunsch ist, in nicht zu ferner Zeit mit größerer Muße wieder hierher zu kommen.

Der Reichstag über Aufwertungsfragen.

Annahme der Aufwertungsvorlage.

vdz. Berlin, 1. Juli, 14 Uhr.

Der Reichstag nahm in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf über die Verzinsung aufgewerteter Hypotheken und ihre Umwandlung in Grundschulden sowie über Vorzugsrenten in der Ausschußfassung in zweiter und dritter Beratung an, ebenso einige Entschließungen, die Maßnahmen zur Milderung von Härten fordern.

•

Ein Gesetz, durch welches die Bezeichnung „Gerichtsschreiberei" in „Geschäftsstelle", „Gerichtsschreiber" in „Urkundsbeamter und Protokollführer", „Gerichtsdiener" in „Gerichtswachtmeister" umgewandelt werden, wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen verabschiedet.

Darauf wird die zweite Lesung der

Aufwertungsvorlagen

fortgesetzt.

Abg. Creutzburg (Komm.) beklagt sich darüber, daß der „Kappitt" Keudell als Reichsinnenminister einen Druck auf die Länder ausübe, die Ansprüche der Fürsten restlos zu befriedigen, während die Regierung den Opfern der Inflation nicht helfen wolle. Den schlimmsten Verrat hätten die heutigen Regierungsparteien an den Inflationsopfern verübt; keines ihrer Wahlversprechen hätten sie erfüllt. Jetzt fügten sie gar noch den offenen Hohn hinzu! 25 Millionen habe man als soziale Hilfe für die verarmten Sparer bewilligt, es habe sich gezeigt, daß das ganze acht bis neun Mark monatlich für den einzelnen Unterstützten bedeutete. (Hört! Hört! bei den Komm.)

Abg. Freiherr v. Richthofen (Dem.) erklärt, einerseits müsse grundsätzlich das verletzte Recht der Gläubiger wiederhergestellt werden, andererseits müßten aber über den Wünschen der einzelnen die Interessen des Staates stehen. Ein Ausgleich zwischen diesen beiden Grundsätzen sei in den Vorlagen nicht gefunden. Die Verbesserungen, die durch die Mitarbeit der Demokraten im Ausschuß möglich gewesen seien, hätten doch zu geringe Bedeutung, um an dem Charakter der Vorlage viel zu ändern. Bedauerlich sei, daß man nicht klar und deutlich die Wiedereinsetzung in den früheren Stand ausgesprochen, sondern ein verklausuliertes neues Verfahren eingefügt habe, das die Gerichte schwer belasten werde. Der Redner beantragt Beseitigung der einseitig nur zugunsten des Schuldners wirkenden Härteklausel, weil er glaubt, daß 25 Prozent Aufwertung von jedem getragen werden können und erklärt, seine Partei werde den Vorlagen zustimmen, da die Ausschußberatungen doch nicht ganz ergebnislos geblieben seien. Ferner beantragt der Redner, den Anleihe-Altbesitzern solle sofort ein verzinsliches Papier in Höhe von 12½ Prozent des Goldwertes ihres Anleihebesitzes ausgehändigt werden, damit sie ihre Aufwertungsansprüche mobilisieren können; über die Form dieses Papiers werde man sich verständigen können. Wenn man noch helfen wolle, sei es jetzt höchste Zeit.

Abg. Dr. Best (Aufwertungspartei) betont, daß seine zahlreichen Anträge — gerechte Fortsetzung des Goldmarkwertes, gerechter Aufwertungssatz, Aenderungsmöglichkeit der Aufwertung auch nach oben, individuelle Aufwertung, wie sie die 3. Steuernotverordnung vorgesehen hatte, Rückwirkung bis zum Zeitpunkt der Markgleichheit usw. — nicht aus agitatorischen Gründen, sondern um der Gerechtigkeit willen gestellt worden seien. Das alte Recht, auf Grund dessen das Reichsgericht gerechtere Aufwertungssprüche gefällt habe, müsse wiederhergestellt, die Juligesetzgebung also beseitigt werden.

Abg. Seiffert (Aufw.-Partei) gibt der Enttäuschung und Erbitterung der entrechteten Sparer Ausdruck. Besonders enttäuscht seien sie über die Haltung der Deutschnationalen. Es sei immer dasselbe Lied: erst Versprechungen und dann nichts gehalten! Die Wirtschaft könne eine individuelle Aufwertung durchaus tragen; das sei nachgewiesen. Die Revolution habe nicht so viel Seelisches zusammengeschlagen wie die brutale Entwertungsgesetzgebung. Nur ehrliche Anerkennung der inneren Schuld könne uns aus der Daweslast heraushelfen.

Abg. Feder (Nat.-Soz.) sieht die Inflation als die Ursache für die Vorherrschaft des Finanzkapitals und für den Dawesplan an. Verhängnisvoll sei die Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Schulden. Die Wiedergutmachung des Währungsschwindels der Regierung hätte sozial gerecht, vor allem aber gleichmäßig erfolgen müssen. Den Best'schen Anträgen stimmt der Redner zu.

In der Einzelberatung beantragt Abg. Dr. Best (Aufw.-Partei), daß die Verzinsung einer aufzuwertenden, bereits gelöschten Hypothek spätestens am 1. Januar 1926 (statt 1. April 1926 in der Ausschußvorlage) beginne. Ferner beantragt er, umfangreiche Bestimmungen neu in die Vorlage aufzunehmen, mit denen er eine gerechte Festsetzung des Goldmarkbetrages, individuellen Aufwertungssatz, Rückwirkung der Aufwertung, auch wenn der Gläubiger Zahlung erhalten hat usw. erstrebt.

Abg. Keil (Soz.) begründet einen Antrag, der eine Aufwertung über oder unter dem Normalsatz wünscht, wenn es mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage der beiden ursprünglichen Vertragsteile zur Abwendung einer groben Unbilligkeit unabweisbar erscheint.

Abg. Dr. Schetter (Ztr.) bekämpft den Antrag Keil, weil er auf eine individuelle Aufwertung hinauslaufe. Man würde dadurch die Wirtschaft von neuem beunruhigen und die Gerichte überlasten, vielleicht sogar die Rechtspflege völlig zum Stillstand bringen.

Die von den Abgg. Dr. Best und Keil gewünschte Zurückverweisung an den Ausschuß wird darauf abgelehnt.

Die Anträge Dr. Best und Keil werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Völkischen und der Abgg. Dr. Best und Seiffert abgelehnt. Der Antrag Keil (Soz.), Restkaufgeld-Forderungen, die im Jahre 1920 entstanden, ebenso wie die von 1921 bis zu 400 Prozent des Goldmarkbetrages aufzuwerten, wird in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 163 Stimmen abgelehnt, bei zwölf Enthaltungen.

Die vom Abg. Keil (Soz.) beantragte individuelle Aufwertung wird in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 159 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Nach Ablehnung aller weiteren Aenderungsanträge wird die Vorlage in der Ausschußfassung in zweiter und dritter Beratung angenommen, sowie einige Entschließungen, in denen Maßnahmen zur Milderung von Härten gefordert werden.

Eine sozialdemokratische Entschließung, in der mit Rücksicht auf die Nichterfüllung der Wünsche der Gläubiger und Sparer die Zulassung des früher von der Regierung abgelehnten Volksentscheides über die Aufwertungsfrage gefordert wird, wird abgelehnt.

Ohne Aussprache wird noch ein Ausschußantrag angenommen, der eine Einwirkung auf die Reichsbahn-Gesellschaft dahin verlangt, daß der Bahnbau Münster—Dortmund beschleunigt wird und daß zur Erschließung der Moor- und Heidebezirke im nördlichen Hannover weitere Bahnlinien gebaut werden.

Um 19 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend, 12 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die kommunistischen Amnestie-Anträge und kleinere Vorlagen.

Prügelei im Preußischen Landtage.

Besprechung des Arensdorfer Zusammenstoßes.

)(Berlin. In der gestrigen Landtagssitzung, auf deren Tagesordnung u. a. die Anfrage der Sozialdemokraten wegen des Arensdorfer Ueberfalles stand, kam es zu stürmischen Auftritten zwischen den Deutschnationalen einerseits und den Sozialdemokraten und Kommunisten andererseits.

Dem sozialdemokratischen Abg. Krüger, der in der Begründung der sozialdemokratischen Anfrage den Deutschnationalen Begünstigung feiger Mörder vorwarf, wurde von dem deutschnationalen Abgeordneten Wiedemann bei großer Unruhe auf den Bänken der Deutschnationalen wiederholt „Unverschämter Kerl" und „Unerhörte Unverschämtheit" zugerufen, während die Sozialdemokraten und Kommunisten wiederum Schmährufe gegen den Abgeordneten Wiedemann ausstießen. Einige Sozialdemokraten und Kommunisten drangen plötzlich gegen den Abgeordneten Wiedemann, vor den sich schützend deutschnationale Abgeordnete stellten, vor und es kam zu einem wilden Faustkampf. Die Erregung im ganzen Hause war ungeheuer groß. Präsident Bartels hatte bereits, als die ersten Schläge fielen, seinen Stuhl verlassen, womit die Sitzung unterbrochen war. Sofort trat der Aeltestenrat zusammen, um über die zu ergreifenden Maßnahmen Beschluß zu fassen.

•

)(Berlin. Bei den Beratungen des Aeltestenrats über die Zwischenfälle im Landtag wurde ein sozialdemokratischer Antrag, die Sitzung sofort zu vertagen und in die Sommerferien zu gehen, mit den Stimmen der Rechtsparteien und des Zentrums abgelehnt. Nach zweistündiger Unterbrechung eröffnete Präsident Bartels die Landtagssitzung wieder und sprach sein Bedauern über die Zwischenfälle aus. Infolge der Unklarheit über die Einzelvorgänge müsse davon abgesehen werden, Ausschlüsse zu verhängen. Den Abgeordneten Wiedemann (Dnat.) und Meyer (Soz.) erteilte der Präsident nachträglich einen Ordnungsruf.